

Klinik-Vorstand Dr. Andreas Goepfert zieht nach rund zwei Wochen Bilanz:

Die Feuchtwanger nehmen „ihr“ Krankenhaus gut an

Patienten loben hervorragende medizinische und pflegerische Qualität

FEUCHTWANGEN (rei) – Der Eröffnungsfeier vor gut zwei Wochen folgte ein regelrechter Ansturm: In der internistischen Abteilung des kleinen Feuchtwanger Krankenhauses wurden bereits hundert Patienten stationär versorgt – bei 40 zur Verfügung stehenden Betten. In Spitzenzeiten lag die Belegung der „Inneren“ bei über 90 Prozent. Sehr gut angenommen wurde auch der ambulante Bereich. Die Kurzzeitpflege-Abteilung mit 24 Plätzen ist bereits mit 15 Frauen und Männern belegt. Dieses Resümee nach 14 Tagen zog jetzt Klinik-Vorstand Dr. Andreas Goepfert gegenüber der FLZ.

Dass bereits nach wenigen Tagen 15 von 24 Kurzzeitpflege-Plätzen belegt sind, ist für Dr. Goepfert „ein sehr gutes Ergebnis“. Dies auch vor dem Hintergrund, dass es weitere Anfragen gebe. Die Abteilung werde nach und nach voll belegt. Dadurch könnten sich auch die Mitarbeiter an die neue Tätigkeit gewöhnen. Als sehr positiv bewertet Dr. Goepfert die Auslastung der Inneren Abteilung von über 90 Prozent in Spitzenzeiten: „Wir hatten zeitweise 36 Patienten stationär zu versorgen.“ Damit war die kleine Abteilung fast vollständig belegt.

Das kleine Krankenhaus werde nach

der Wiedereröffnung auch von den einweisenden niedergelassenen Ärzten sehr gut angenommen. Er hoffe, dass dies für den Standort Feuchtwangen auch in der Zukunft so bleibe – und dass zudem wieder mehr Patienten in die Klinik Dinkelsbühl eingewiesen werden. Dies habe „in den vergangenen Monaten etwas zu wünschen übrig gelassen (die FLZ berichtete).“

Bekräftigt wurde vom Krankenhaus-Vorstand, dass weitere Parkplätze in unmittelbarer Nähe zur Klinik dringend notwendig sind – und zwar in einem überschaubaren Zeitraum. Goepfert wörtlich: „Für die weiteren Kooperationsgespräche mit niedergelassenen Fachärzten ist die Parkplatzsituation eines der Hauptkriterien bei der Frage, ob es zu einem Vertragsabschluss kommt.“ Es gebe Mediziner, die sich in der Klinik eventuell einmieten wollten. Somit sei es „unabhängig“, dass am Krankenhaus „eigene, abgegrenzte Parkplätze für die Praxen“ zur Verfügung stehen. Abgegrenzte Parkplätze, so Dr. Goepfert, „kann man aber nicht auf der Straße markieren“. Notwendig seien vielmehr Stellflächen auf einem Grundstück. Deshalb: „Aus meiner Sicht ist das gegenüberliegende Grundstück sehr gut geeignet. Dieses gilt es von der Stadt zu prüfen und dann zu erschließen.“ Wie berichtet, soll durch die Vermie-



Von der Arbeit der Ärzte und des Pflegepersonals begeistert: Erika Neuberger aus dem Feuchtwanger Teiltort Reichenbach – auf unserem Foto während eines Besuchs durch den Verbundklinikum-Vorstand Dr. Andreas Goepfert. Fotos: Reinhardt



Werner Hohenstein aus Feuchtwangen ist froh, dass in seiner Heimatstadt wieder eine medizinische Versorgung in einer wohnortnahen Klinik möglich wurde.

Parkplatzproblem an der Klinik:

Stadt nicht untätig

Ruh zu Hinweis des Landrats

FEUCHTWANGEN (bi) – Die Stadt Feuchtwangen stehe zu ihrem Versprechen, dem örtlichen Krankenhaus mit der Schaffung zusätzlicher Parkplätze zu helfen, und habe auch schon konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet. Mit diesen Worten reagierte gestern Bürgermeister Patrick Ruh auf die an das Rathaus der Kreuzgangstadt gerichtete Handlungsaufforderung von Landrat Rudolf Schwemmbauer in dieser Angelegenheit. Wie berichtet, hatte der Landrat überdeutlich darauf hingewiesen, dass der Stellplatz-Engpass schnell beseitigt werden müsse, damit sich niedergelassene Ärzte in der Klinik einmieten könnten.

Das Feuchtwanger Krankenhaus war nach monatelanger Schließung am 8. Oktober wiedereröffnet worden. Es gibt dort neben der angestammten Inneren Abteilung als neuen Baustein nun auch eine Kurzzeitpflege. Überdies sollen sich – so sieht es das Wirtschaftlichkeitskonzept von Vorstand Dr. Andreas Goepfert vor – Fachärzte in der Klinik einmieten können. Die interessierten Mediziner bestehen aber auf einer ausreichenden Anzahl von ausschließlich ihren Praxen zugeordneten Parkplätzen im unmittelbaren Gebäudeumgriff.

Die Stadt Feuchtwangen sehe die Notwendigkeit, hier tätig zu werden, so Bürgermeister Ruh: „Wir verfolgen dieses Projekt mit Hochdruck.“ So seien an der Straße zum Krankenhaus bereits acht neue Parkplätze ausgewiesen und entsprechend markiert worden. Zwölf weitere könnten durch kleinere Umgestaltungs- und Umbaumaßnahmen im direkten Straßeneinzugsbereich geschaffen werden. Hier müsse allerdings noch der Stadtrat seinen Segen geben. Auch das Verwaltungsratsgremium des Verbundklinikums wolle man einbinden, so Ruh.

Was die im Raum stehenden weitergehenden Überlegungen zur Schaffung zusätzlicher Parkflächen zwischen Straße und Stadtmauer angehe, seien erste Schritte in die Wege geleitet. So laufe derzeit für das in Frage kommende Areal eine Geländeaufmessung. Überdies sei ein Parkdeck auf einem benachbarten Garagenkomplex denkbar. Dessen Eigentümer stehe der Sache positiv gegenüber, erklärte der Bürgermeister.

Gegner des Gewerbeparks: Kritik an einer Reihe von Bürgermeistern und am Landrat

Bürgerforum spricht von Täuschung

„Politische Kaste“ arbeite gegen die Bevölkerung – Kein Ende der „Kostenexplosion“

WÖRNITZ/FEUCHTWANGEN (rei) – Die Gegner des Gewerbeparks am Autobahnkreuz Feuchtwangen warfen gestern einem Teil der Politiker vor, die Bürger zu täuschen. In einer Stellungnahme zu den Aussagen des Wörnitzer Bürgermeisters Karl Beck („Wir wollen Transparenz schaffen“) und von Landrat Rudolf Schwemmbauer („Ich stehe voll hinter dem Vorhaben“) erklärt das Bürgerforum „Wörnitztal mit Zukunft“: „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier eine politische Kaste mit allen Mitteln und zunehmend losgelöst von den Inhalten gegen die betroffene Bevölkerung, die Umwelt und die wirtschaftliche Vernunft versucht, politische Handlungsfähigkeit zu beweisen.“

Die Kommunale Allianz „Interfranken“ habe bis heute jede ernsthafte, umfassende und ehrliche Diskussion um die Gesamtkosten dieses Vorhabens konsequent verweigert und den Zugang zu wichtigen Gutachten verbaut, heißt es in der Presseerklärung des Bürgerforums. Bei Verkehrs-, Lärm- und Umweltfragen würden alle Risiken „verantwortungslos nach unten kalkuliert, der zukünftige Nutzen aber ohne jede Grundlage in schwindelerregende Höhen gerechnet“. Auch dass man die Größenordnung des Projektes kurzfristig von 240 auf 81 Hekt-

ar just zu Beginn des Verfahrens herunter gebrochen habe, schüre Zweifel an einer ehrlichen Informationspolitik. In einer solchen Situation davon zu sprechen, Transparenz schaffen zu wollen, entspreche dem Versuch, die Bürger zu täuschen. Und wörtlich: „Die Quadrige der Interfranken-Lobby, die Bürgermeister Beck (Wörnitz), Ruh (Feuchtwangen), Unhoch (Schnelldorf) und Czech (Schopfloch), sowie deren Unterstützer im Kreis haben zu keinem Zeitpunkt ein ernsthaftes Interesse an Transparenz und offener Bürgerbeteiligung gezeigt.“

Ein gutes Beispiel hierfür seien die Entwicklungen um den angedachten Interfranken-Zubringer AN4-neu. Erst als der Landrat durch Nachfragen der Grünen-Landtagsabgeordneten Renate Ackermann beim Innenministerium dazu gezwungen worden sei, habe der Kreis eine Kostensteigerung von 6,6 Millionen auf knapp zehn Millionen Euro zugegeben. Das Ende der Kostenexplosion „dürfte hier aber durchaus noch nicht erreicht sein“.

Besonders interessant werde in diesem Zusammenhang, wie der Zweckverband mit der „unmissverständlichen Forderung der Gemeinde Schnelldorf umgehen wird, dass zeitgleich mit dem Bau der neuen Kreisstraße eine Umgehung Schnelldorfs nördlich der Autobahn in Angriff genommen werden muss“. Eine solche

Umfahrung, die nach Schnelldorf Argumentation allein zum Schutz vor dem im geplanten Logistikzentrum entstehenden Verkehr dienen solle, würde nach Auffassung des Bürgerforums „die Kosten des Projektes um weitere Millionen in die Höhe treiben“. Immerhin bekenne sich Rudolf Schwemmbauer nun zur Unterstützung „dieses teuren Prestigeprojektes“. Wie sehr sich seine Kollegen in den Nachbarkreisen von dieser Politik beeindruckt zeigen, werde durch die Aussagen von Markus Knobel, dem stellvertretenden Verbandsvorsitzenden des rund 40 Kilometer entfernten Gewerbeparks Hohenlohe, zur Qualität des Interfranken-Projektes offensichtlich. Knobel habe erklärt: „Am Autobahnkreuz sind ganz andere Gewerbe zugelassen als bei uns. ...Während im Gewerbepark Hohenlohe produzierendes Gewerbe mit geringen Emissionen, jedoch keine Speditionen erwünscht sind, soll die neue Fläche im Osten, kurz hinter der Landesgrenze, gerade Logistik- und Industriefirmen anziehen, die hierzulande keine Flächen bekämen.“

So, erklärt das Bürgerforum, sehe die Wirklichkeit aus, „die uns als Garant für die Zukunftsfähigkeit unseres Raums verkauft werden soll“. Was andere längst nicht mehr haben wollten, Öl in eine ohnehin angespannte Situation gießen“. Günther hatte erklärt: Wenn geschaffene Rechte als Blockadeinstrument missbraucht würden, widerspreche dies „jeglicher Verantwortung für die Allgemeinheit“. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Freiheiten und Rechten sei bei einigen Gegnern des Gewerbeparks nicht vorhanden.

Kritisiert wird von der Bürgerinitiative auch der CSA-Kreisvorsitzende Martin Günther aus Bechhofen, der sich ebenfalls für den Gewerbepark ausgesprochen hat. Die von Günther gemachten Anmerkungen zu den Bürgerrechten ließen vermuten, „dass ihm in dieser Frage der Bezug zur bayerischen Verfassung und zum deutschen Grundgesetz abhandeln gekommen ist“. Es wirke bedauerlich, „wenn Politiker, ohne Ahnung und ohne Not, Öl in eine ohnehin angespannte Situation gießen“. Günther hatte erklärt: Wenn geschaffene Rechte als Blockadeinstrument missbraucht würden, widerspreche dies „jeglicher Verantwortung für die Allgemeinheit“. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Freiheiten und Rechten sei bei einigen Gegnern des Gewerbeparks nicht vorhanden.



Mitglieder des Bürgerforums „Wörnitztal mit Zukunft“ kämpfen beharrlich gegen den Gewerbepark am Autobahnkreuz. Unser Foto zeigt eine Demonstration im Sommer dieses Jahres vor dem Feuchtwanger Rathaus. Foto: Reinhardt

BN-Wunsch an Göppel:

Fraktionszwang nicht folgen

Brief wegen Atomkraftwerke

NEUSITZ (sh) – Der Kreisvorsitzende des Bund Naturschutz (BN), Bernd Horbaschek aus Neusitz, hat den CSU-Bundestagsabgeordneten Josef Göppel aufgefordert, am morgigen Donnerstag im Bundestag gegen längere Laufzeiten für Atomkraftwerke zu stimmen. Als profilierter Umweltpolitiker solle Göppel nicht dem Fraktionszwang folgen, sondern seiner Überzeugung, so der BN.

„Wir wissen, dass Sie aus guten Gründen der hochgefährlichen Atomenergie schon lange ablehnend gegenüberstehen“, heißt es in dem Brief von Horbaschek. Die Faktenlage gebe Göppel eindeutig Recht. So wachse der atomare Müllberg jährlich um weitere 400 Tonnen, ohne dass es ein geeignetes Endlager gebe.

Atomkraftwerke blockierten den Ausbau der erneuerbaren Energien und „dienten allein dazu, den vier großen Energiekonzernen die Taschen zu füllen“. Wie verheerend sich eine Laufzeitverlängerung für die „Regenerativen“ mit ihren 340 000 zukunftsfähigen Arbeitsplätzen auswirke, habe der Konzern RWE ja auch gleich klargemacht: „Die Investitionen des Konzerns in Ökoenergie werden als Dankeschön an die Bundesregierung eingefroren“, schreibt der BN-Kreisvorsitzende.

Horbaschek gesteht Göppel zu, am allerwenigsten Schuld an der „verheerenden Energiepolitik“ der Bundesregierung zu sein. Der Bund Naturschutz appelliere an ihn und weitere verantwortungsbewusste Politiker der Koalition, der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke nicht zuzustimmen.

Josef Göppel wies gestern im Gespräch mit der FLZ darauf hin, dass er bei der Abstimmung im Bundestag am morgigen Donnerstag eine Erklärung abgeben werde.